



## Der Europäische Bürgerbeauftragte

**Emily O'Reilly**  
Europäische Bürgerbeauftragte

Herrn Guido Strack

stracgu@googlemail.com

Straßburg, den, 10.03.2015

Beschwerde Nr. 331/2015/PMC

Sehr geehrter Herr Strack,

ich beziehe mich auf Ihre Beschwerde vom 22. Februar 2015, in welcher Sie die Kommission im Hinblick auf die Behandlung Ihres Antrags auf Zugang zu Dokumenten (Gestdem 2014/5303) rügten.

Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und im Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten sind die Bedingungen für die Zulässigkeit einer Beschwerde genau festgelegt. Die Bürgerbeauftragte kann nur dann mit einer Untersuchung beginnen, wenn diese Bedingungen erfüllt sind. Eine dieser Bedingungen besagt, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen ihres Auftrags Untersuchungen durchführt, die sie für gerechtfertigt hält.<sup>1</sup>

Nach sorgfältiger Prüfung Ihrer Beschwerde bin ich zu der Auffassung gekommen, dass die Position der Kommission in Bezug auf Ihren Antrag auf Zugang zu Dokumenten vernünftig ist. Zudem bin ich der Meinung, dass Sie keine überzeugenden Argumente vorgelegt haben, welche diese in Frage stellen würde.

(1) Gemäß Artikel 10, erster Absatz der Verordnung 1049/2001 erfolgt der Zugang zu den Dokumenten je nach Wunsch des Antragstellers entweder durch Einsichtnahme vor Ort oder durch Bereitstellung einer Kopie, *gegebenenfalls* in elektronischer Form. In ihrem Schreiben vom 18. Februar 2015 hat die Kommission zu Recht auf das Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache *Dufour/EZB* hingewiesen. Die Kommission kann nicht dafür getadelt werden, dass sich die von Ihnen beantragten einschlägigen Dokumente nicht in ihrem Besitz befinden, oder dass sie Ihnen diese nicht in dem von Ihnen beantragten Format liefert.

(2) Ich bin der Auffassung, dass die Kommission vernünftig handelte, als sie das "oder" in Ihrem Antrag als "oder" und nicht als "und" interpretiert hat.

---

<sup>1</sup> Artikel 228 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.



(3) Die Kommission hatte Sie zu Recht aufgefordert, Ihren Antrag zu präzisieren.

(4) Die Kommission hat die Argumente, die Sie in Ihren Schreiben vom 7. Dezember 2014 und 10. Januar 2015 vorbrachten, ausreichend in ihren Schreiben vom 19. Dezember 2014 und 27. Januar 2015 behandelt.

Auf Grundlage der vorstehenden Erwägungen liegen keine ausreichenden Gründe vor, welche die Einleitung einer Untersuchung (betreffend die Weigerung der Kommission Zugang zu den von Ihnen beantragten Dokumenten zu gewähren) rechtfertigen würde.

Mit freundlichen Grüßen,

Emily O'Reilly